

# „Grüner wird's nicht!“

## ÖKO-NEWSLETTER NR. 11

INFORMIEREN

### Unionsfraktion beschließt nach Bürgerprotesten Vertagung des Gesetzes zur CO<sub>2</sub>-Speicherung

Eigentlich hätte am Freitag der Entwurf des "Gesetz zur Regelung von Abscheidung, Transport und dauerhafter Speicherung von Kohlendioxid" in zweiter und dritter Lesung durch den Bundestag gebracht werden sollen, doch am Dienstag hat die CDU/CSU-Fraktion beschlossen, die Abstimmung zu vertragen. Vermutlich wird sie nun in der letzten Sitzungswoche der Legislaturperiode stattfinden, womit unklar ist, ob der Bundesrat noch vor den Bundestagswahlen sein Votum abgeben kann.

Dabei hatte die große Koalition eigentlich in aller Eile und im Auftrag der Energiewirtschaft noch vor den Wahlen im September vollendete Tatsachen schaffen wollen. Das Gesetz soll den gesetzlichen Rahmen für die bisher noch unerprobte so genannte CCS-Technik schaffen, mit der Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) in den Kraftwerken abgetrennt verflüssigt und in unterirdischen Lagerstätten deponiert werden soll. Über etwaige Gefahren, wie Vergiftung des Grundwassers, Austritt an der Oberfläche und ähnliches, ist bisher erst wenig bekannt. Dennoch sieht der Entwurf eine Beschränkung der Haftung für die Betreiber der CO<sub>2</sub>-Lager vor. 30 Jahre nach der letzten Befüllung können diese in die Zuständigkeit der jeweiligen Bundesländer abgegeben werden.

Für die potenziell Betroffenen sind das genug Gründe, auf die Barrikaden zu gehen. Im Norden der Republik, in Nordfriesland und im Landkreis Flensburg, sind die Menschen empört, dass ihre von Landwirtschaft und Tourismus geprägte Region von RWE-Dea zum bevorzugten Revier für die Einlagerung erkoren wurde. Das Unternehmen plant unweit der dänischen Grenze Erkundungen und auf den Dörfern finden Protestveranstaltungen in übervollen Sälen statt. Der Korrespondent des konservativen Flensburger Tageblatts kann sich gar nicht vorstellen, dass in der aufgeheizten Stimmung die umfangreichen geophysikalischen Untersuchungen ohne Sabotage über die Bühne gehen.

Der Bauernverband protestierte, örtliche Bundestagsabgeordnete von CDU und SPD wachten auf und auch die FDP entdeckte mit einem Mal ihr Herz für die Umwelt - während die schleswig-holsteinische FDP-Bundestagsabgeordnete Christel Happach-Kasan in Berlin zu den eifrigsten Befürwortern des Gesetzes gehörte. [...]

Aber der Widerstand der Schleswig-Holsteiner ist sicherlich nur ein Teil der Erklärung. Auch im südlichen Brandenburg, wo Vattenfall ähnliche Pläne hegt, erhitzen sich die Gemüter. Schließlich hat sich in den letzten Wochen immer mehr herum gesprochen, was da in aller Stille und Eile durch das Parlament gebracht werden soll. Zuletzt hatte sich auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer mit einem Brief an seine Parlamentskollegen gewandt, und die ungewohnte Eile des Gesetzgebungsverfahrens kritisiert. Dafür gebe es auch dann keinen Grund, wenn man die Technologie für unbedenklich halte.

*Mehr unter:*

<http://www.heise.de/tp/blogs/2/140547> (Quelle)

<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/29/29907/1.html>

<http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?>

<ressort=wu&dig=2009%2F06%2F12%2Fa0152&cHash=dd60844181>

<http://www1.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/speicherung100.html>

## **Machtvakuum in Madagaskar lässt Regenwald-Raubbau eskalieren**

Das Radio knistert ein wenig, während der Nachrichtensprecher im Lokalfunk das Wetter für den Nordosten Madagaskars verliert. Es folgen Ankündigungen. "Gebraucht werden 20 Stämme Rosenholz, Stamm mindestens ein Meter Durchmesser, zu liefern bis in einer Woche." Es folgt der Name des Abnehmers und der Verschiffungshafen: Vohémar.

"Von solchen Durchsagen hören wir im Moment immer wieder", sagt Nanie Ratsifandrihamanana, Naturschutzdirektorin beim madagassischen WWF. "Was dann passiert, ist Folgendes: Kleine Banden von Holzfällern ziehen in den Regenwald und suchen die passenden Stämme, die entweder auf Flüssen oder auf Straßen zu einem Sammelpunkt transportiert werden." Von dort werden sie auf Sattelschlepper geladen und in den nächsten Hafen transportiert - nach Vohémar oder weiter südlich nach Toamasina, Madagaskars größter Hafenstadt.

Illegale Abholzung hat es in Madagaskar schon immer gegeben. Doch seit die politischen Unruhen das Land Anfang des Jahres ins Chaos gestürzt haben, hat das Geschäft mit den Edelhölzern explosionsartig zugenommen. Es geht um Millionen: Harthölzer wie Rosenholz, Palisander und Ebenholz, die anderswo in der Welt längst restlos ausgerottet worden sind, gibt es in den dichten Regenwäldern im Nordosten Madagaskars noch vergleichsweise viel, obwohl von der ursprünglichen Waldfläche Madagaskars heute nur noch weniger als ein Zehntel steht. Fast 5 Millionen Hektar Regenwald stehen unter Naturschutz, noch einmal die gleiche Fläche gilt als unberührter Primärregenwald. Der Nordosten ist zugleich die unzugänglichste Region der Inselrepublik. [...] Geschützt wurde die Natur hier bislang vor allem von Dorfbewohnern, die von der Nationalparkverwaltung oder von Umweltgruppen bezahlt wurden, und von der örtlichen Polizei. Doch seit der alte Präsident Marc Ravalomanana vor gut zwei Monaten außer Landes geflohen ist und Oppositionsführer Andry Rajoelina sich zum Nachfolger ernannt hat, herrscht überall im Land Unklarheit darüber, wer derzeit regiert. Das Machtvakuum nutzen mafiöse Gruppen, die die Regenwälder systematisch nach den wertvollsten Bäumen durchforsten. [...]

Besonders brisant ist das Geschäft, weil es Hinweise auf Verflechtungen mit der höchsten Regierungsebene gibt. Zitieren lassen will sich dazu niemand, aus Angst vor Repressionen. Doch jeder, der im Naturschutz arbeitet, weiß, was passierte, als Madagaskars neu ernannter Umweltminister im Mai den Hafen in Toamasina schließen ließ, um die Holzexporte zu stoppen. 24 Stunden später landete ein Privatjet auf dem internationalen Flughafen von Ivato, an Bord eine Delegation, die direkt zum Präsidentenpalast fuhr. Wenige Stunden später wurden die Häfen wieder geöffnet.

Mehr unter: <http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=sw&dig=2009%2F06%2F11%2Fa0136&cHash=3bb1591416>

## **20 Konzerne wollen in Nordafrika solare Groskraftwerke bauen - Solarbranche warnt vor Abhängigkeiten**

Die Pläne zum Bau riesiger Solarkraftwerke in Nordafrika werden konkreter. Eine Gruppe von 20 Konzernen will am 13. Juli in München zusammenkommen, um ein entsprechendes Konsortium zu gründen. Mit dabei sein werden unter anderem Siemens, RWE und die Deutsche Bank, aber auch der Club of Rome. Die Führung des Konsortiums wird bei der Münchener Rück liegen.

Die Pläne sind ambitioniert. Ziel ist es, ab 2020 mittels solarthermischer Großkraftwerke in Afrika Strom zu erzeugen. Im Unterschied zur Photovoltaik wird dabei ein Wärmeträgermedium solar erhitzt, das anschließend eine Turbine mit Generator antreibt. Der Strom soll dann per Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung nach Europa gebracht werden.

[...] Ein Sprecher von Siemens rechnete unterdessen vor, dass eine Fläche von 300 mal 300 Kilometern mit Parabolspiegeln in der Sahara ausreichen würde, um den gesamten Energiebedarf der Erde zu decken.

[...] "Konkrete Investitionen oder Bauvorhaben sind noch nicht geplant", sagte ein RWE-Sprecher. Schwerpunkt des Konsortiums solle vielmehr "die gemeinsame Prüfung und Vertiefung von Machbarkeitsstudien" sein. [...]

Bislang sind die technischen und ökonomischen Rahmenbedingungen noch völlig unklar, zumal bei der Umsetzung mit erheblichen politischen Unwägbarkeiten und Risiken zu rechnen ist. Entsprechend kamen kritische Töne aus der Solarbranche: "Baut man die Solarkraftwerke in politisch instabilen Ländern, bringt man sich in die gleiche Abhängigkeit wie beim Öl", mahnte Frank Asbeck, Chef des Solarunternehmens Solarworld.

*Mehr unter :*

<http://www.taz.de/digitaz/2009/06/17/a0050.nf/text>

[http://www.bmu.de/pressemitteilungen/aktuelle\\_pressemitteilungen/pm/44348.php](http://www.bmu.de/pressemitteilungen/aktuelle_pressemitteilungen/pm/44348.php)

## **Kommentar von Bernward Janzing: Hausdach statt Wüste**

Den Spruch hat man in den letzten Jahrzehnten so oft gehört, dass er langweilt: "Solarenergie kann man in der Wüste nutzen, aber doch nicht bei uns." Der Satz kam immer von jenen, denen daran gelegen war, die erneuerbaren Energien zu bremsen. Man versuchte mit Visionen das Naheliegende abzubügeln.

Bei dem nun geplanten Desertec-Projekt ist die Motivation eine andere - zumindest bei einem Teil der Akteure. Der Münchener Rück und dem Club of Rome kann man glauben, dass sie getrieben sind vom Ziel einer ökologischen Energiewende und nicht vom Streben nach Blockade. Daher verdient das Projekt, Solarkraftwerke in afrikanischen Wüsten zu bauen, eine aufgeschlossene Betrachtung.

Vorsicht ist gleichwohl in einem Punkt angebracht: Es darf keinesfalls passieren, dass die Wüstenpläne dem Ausbau der dezentralen Solarkraft in Deutschland auch nur den geringsten Schaden zufügen. Sollte die Politik eines Tages mit Verweis auf den Saharastrom den heimischen Solarstrom bremsen, wäre das fatal.

Denn auch angesichts der neuerlichen Verheißungen muss man sachlich festhalten, dass die erfolgreichste Technik der Sonnenernte jene auf den Dächern ist. Bereits in drei bis spätestens fünf Jahren wird der Strom vom Hausdach in Deutschland billiger sein als jener aus der Steckdose. Die ökonomische Latte für den Wüstenstrom liegt also hoch: Der dezentral erzeugte Solarstrom wird vielleicht für immer die billigere Option bleiben. Denn die höhere Sonneneinstrahlung im Süden wird die Kosten der gigantischen Übertragungsnetze womöglich nie kompensieren können.

Der bevorzugte Ausbau der heimischen Solarenergie ist folglich zwingend - aus Sicht der Ökonomie wie aus Sicht der Energieautonomie. Denn auch das darf nicht vergessen werden: Als politisches Druckmittel lässt sich der Strom vom eigenen Dach nicht missbrauchen. Im Gegensatz zu jenem aus solaren Großkraftwerken.

Quelle: <http://www.taz.de/digitaz/2009/06/17/a0062.nf/text>

## VERANSTALTUNGEN

### Wege aus der globalen Hungerkrise

Referent: Benny Haerlin, Zukunftsstiftung Landwirtschaft, Mitglied des IAASTD-Aufsichtsrats

Im Rahmen der Themenreihe „Einstieg in nachhaltige Entwicklung X“

Wann: 16.06.2009, 18:15 – 19:45

Wo: Institut für Sozialwissenschaften, Universitätsstr. 3b, Raum: 205

Mehr unter: [www.nachhaltigkeitsinitiative.de](http://www.nachhaltigkeitsinitiative.de)

## Vorführung des Films "Das Schönauer Gefühl" über die Stromrebelln von Schönau

Damit verbunden Information über die Genossenschaft in Gründung "Energie in Bürgerhand" (Freiburg/ Schönau, FuSS e. V.)

Wann: 22. - 26.06.09

Wo: Kreuziger Str. 19, Friedrichshain

Eine Veranstaltung der TransitionTown Friedrichshain-Kreuzberg

Aufruf zur Energiewende: Die Energiewendeinitiative TransitionTown Friedrichshain- Kreuzberg stellt sich vor. Angesichts zunehmender Rohstofferschöpfung und drohender Klimakapriolen kann man den Zustand der 1992 in Rio initiierten weltweiten Bewegung für eine nachhaltige Entwicklung nur als Katastrophe bezeichnen. Die „Lokale Agenda 21“-Initiativen dümpeln vor sich hin oder sind bereits sanft entschlafen, der ganze Komplex aus UNO-Konferenzen, wohlklingenden Absichtserklärungen von Regierungen oder Verwaltungsbehörden und gutgemeinten Vor-Ort-Aktionen hat sich als mehr oder weniger wirkungslos erwiesen.

Gegenwärtig wird nicht am berühmten „Umbau der Industriegesellschaft“ gearbeitet, sondern an Plänen für neue Kohle- oder Kernkraftwerke, und der bereits eingetretene Mangel an Erdöl soll dadurch behoben werden, dass man im Norden Kanadas mit enormen Folgeschäden für Mensch und Natur Ölsand zu Treibstoff verarbeitet. Die Wachstumsideologie herrscht so unangefochten wie eh und je.

Mehr unter: <http://transitiontowns.org/Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg/Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg>

BUCHEMPFEHLUNG

### Auswege aus dem Kapitalismus. Beiträge zur politischen Ökologie

In Zeiten der Krise sind die "Auswege aus dem Kapitalismus" von André Gorz eine überaus lesenswerte Lektüre. Im Gegensatz zu vielen anderen traut sich der Autor nicht nur große und durchaus überzeugende Thesen zu, wenn er die aktuelle ökologisch-ökonomische Lage analysiert. Er

skizziert auch Auswege. Das ist umso bemerkenswerter, als Gorz die jetzt erschiene Aufsatzsammlung vor zwei Jahren zusammengestellt hat - kurz bevor er im September 2007 starb.

Schon vor vier Jahren hat der französische Sozialphilosoph die gegenwärtigen Entwicklungen zutreffend beschrieben: "Sollten die Kurse der Wall Street dauerhaft sinken, [...] wird das weltweite Bankensystem wie ein Kartenhaus in sich zusammenfallen." Die Ursache der Finanz- und daraus folgenden Wirtschaftskrise sieht Gorz jedoch nur vordergründig in einer mangelnden Regulierung durch staatliche Institutionen. Vielmehr bewege sich der Kapitalismus auf seine innere Grenze zu und stranguliere sich selbst - und die Umwelt gleich mit.

[...] Der Kunde steht im Dienst einer Produktion, die ein Maximum an Überflüssigem hervorbringt, das schnellstmöglich kaputtgehen muss, um Platz für neue Waren zu schaffen.

Eine solche Wirtschaft der Verschwendung rast nicht nur auf einen ökologischen Kollaps zu, sondern ist auch ökonomisch nicht zukunftsfähig. Weil die Massenproduktion immer weniger rentabel wurde, haben viele Firmen in den letzten Jahren einen Großteil ihrer Gewinne auf dem Finanzmarkt investiert. [...]

Während Rohstoffe und materielle Produktion unwichtiger werden, steigt die Bedeutung von Wissen rapide an. Wissen aber ist ein grundsätzlich anderer Stoff als Eisen oder Öl. Sein Wert "bemisst sich nicht in Geld, sondern an dem Interesse, das es weckt, an der Verbreitung, die es findet." Einmal in der Welt, ist Wissen nicht mehr zu monopolisieren und zu privatisieren, sondern vielfach nutzbar, ohne dass es dabei knapp wird oder schrumpft. Die Digitalisierung ermöglicht seine kostenlose weltweite Verbreitung.

Zwar versuchen Konzerne, durch Patente ihr Wissen vor fremdem Zugriff zu schützen, doch im Prinzip ist "die Ökonomie des Wissens dazu berufen, eine Ökonomie der Gemeinschaftlichkeit und der Unentgeltlichkeit zu sein". Copyleft statt Copyright.

Eine solche Wirtschaft hat die Chance, Arbeit von ihrem Marktwert und Warencharakter zu befreien. Sie kann sich vom Wachstumszwang des Kapitalismus verabschieden, der mehr Armut geschaffen hat, weil er zum Beispiel die Versorgung mit Trinkwasser nur dann im Bruttoinlandsprodukt positiv bewertet, wenn alle dafür zahlen müssen. Statt größtmögliche Rendite für wenige kann der wirkliche Bedarf aller ins Zentrum rücken. Eine solche Gemeinschaftsökonomie bedeutet auch, die Entscheidungsgewalt über die Produktion zurück zu gewinnen und den Gigantismus und die Komplexität des Herstellungsprozesses zurückzuschrauben.

Gorz schlägt vor, die "Norm des Ausreichenden" zum politischen Maßstab zu machen. In selbst verwalteten Strukturen haben die "assoziierten Produzenten" die Freiheit, gemeinsam abzuwägen zwischen der aufzuwendenden Mühe und dem Ausmaß der Bedürfnisse. Solch effizientes Wirtschaften ist weitaus umweltfreundlicher als der Kapitalismus, der eine "maximale Ineffizienz bei der Bedarfsdeckung" anstrebt: eine größtmögliche Anzahl von Bedürfnissen mit einer größtmöglichen Warenflut zu bedienen.

*Mehr unter:*

<http://www.taz.de/digitaz/2009/06/13/a0051.nf/text>

[www.rotpunktverlag.ch/cgibib/geminal\\_shop.exe/VOLL?session\\_id=222867](http://www.rotpunktverlag.ch/cgibib/geminal_shop.exe/VOLL?session_id=222867)

*Fragen, Kritik, Anregungen? Schreib eine Mail an [karen.eva.vdm@gmail.com](mailto:karen.eva.vdm@gmail.com)*